



CDU Schleswig-Holstein • Sophienblatt 46 • 24114 Kiel

Handwerkskammer Schleswig-Holstein

Herr Andreas Katschke

Breite Straße 10/12

23552 Lübeck

Vitalij Baisel

Landesgeschäftsführer

Sekretariat

Ulrike Buttgerit

Telefon

0431 66099-21

Telefax

0431 66099-88

ulrike.buttgerit@cdu-sh.de

Kiel, 16. März 2022

Beantwortung der Wahlprüfsteine der Handwerkskammer Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Katschke,

wir möchten Ihnen nochmals für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zu unseren Positionen danken.

Gerne haben wir diese beantwortet und Ihnen unsere Positionen geschildert. Das dazugehörige Schreiben finden Sie in der Anlage. Für Nachfragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vitalij Baisel

Anlage:

Antworten der CDU Schleswig-Holstein auf die Fragen der Handwerkskammer Schleswig-Holstein

CDU-Landesverband Schleswig-Holstein

Sophienblatt 46
24114 Kiel

Telefon 0431 66099-0
Telefax 0431 66099-99
E-Mail: info@cdu-sh.de

im Netz

cdu-sh.de
facebook.com/cdush

Sparkasse Holstein

IBAN DE81 2135 2240 0179 0700 08
BIC NOLADE21HOL

VR Bank Neumünster

IBAN DE05 2129 0016 0000 3505 00
BIC GENODEF1NMS

1. Welchen Stellenwert hat die Handwerkspolitik in Ihrer Partei und wie wollen Sie den Mittelstand vor dem Hintergrund des Fach- kräftebedarfs und der Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung stärken? Wo liegen dabei die Schwerpunkte? Wie stehen Sie zum Unternehmertum?

Das Handwerk hat für die CDU immer eine besondere Bedeutung gehabt und das wird auch zukünftig so sein. Durch Anreize wie Jobticket, Meistergründungsprämie und wichtige Vereinfachungen im Vergaberecht haben wir die Rahmenbedingungen für ein starkes Handwerk gestärkt. Durch den Ausbau von beruflichen Kompetenzen für erneuerbare Energien und der digitalen Infrastruktur, flankiert mit dem Kompetenzerwerb für digitale Techniken, wollen wir handwerkliche Berufe und Branchen robust machen für die Herausforderungen der Zukunft. Ein großer Schwerpunkt wird in der Ausbildung und Anwerbung von Fachkräften liegen. Fokus ist die Ausbildung und Stärkung im dualen System, sowie die Etablierung von Unternehmertum bzw. Entrepreneurship Education in der allgemeinen Schulbildung. Staatliche bzw. öffentliche Unternehmen werden auch weiterhin nicht in Konkurrenz bzw. Wettbewerb zum Handwerk stehen.

2. Wie wird sich Ihre Partei im Sinne der Erwartungen des Schleswig- Holsteinischen Handwerks für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte duale Ausbildung einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit der handwerklichen Bildungseinrichtungen in diesem Rahmen sichergestellt bleiben?

Mit dem Landeskonzept „Berufliche Orientierung“ haben wir in der laufenden Wahlperiode einen wichtigen Schritt getan, um Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen besser auf die Angebote der dualen Ausbildung aufmerksam zu machen. Das Wissen um die Vorzüge der dualen Ausbildung und ihrer Gleichwertigkeit zur akademischen Bildung wollen wir weiter verbessern. Mit dem 2021 gegründeten Schleswig-Holsteinischem Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir eine neue und zentrale Steuerung der beruflichen Bildung geschaffen. Das SHIBB soll einen Masterplan „Duale Ausbildung“ erstellen, um diese landesweit abzusichern. Unser Ziel ist es, ein breites Angebot im ganzen Land aufrechtzuerhalten, hierzu werden wir innovative und digitale Unterrichtsformate stärken. Außerdem werden wir für ausreichende Berufsschullehrerstellen sorgen, um eine 100%ige Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

3. Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung sicherzustellen? Welche Instrumente wird ihre Partei anwenden, um die bestmögliche Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten?

Wir wollen ein landesweites Azubi-Ticket zu ähnlichen Konditionen wie das Semesterticket einführen. Wir werden mit der Allianz für Lehrkräftebildung Maßnahmen zur Gewinnung von Berufsschullehrerkräften initiieren und den Quer- und Seiteneinsteiger verbessern. Mit Schulbauprogrammen, u.a. für Werkstätten, werden wir Sanierungen unterstützen. Schüler sollen ein vollumfängliches digitales Klassenzimmer nutzen zu können und wir wollen die Lernortkooperationen fördern. Das SHIBB soll in der Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit dem Handwerk für die berufliche Bildung eintreten und die Attraktivität der dualen Ausbildung darstellen. Studienabbrecher wollen wir schneller in Ausbildung bringen. Wir werden eine Weiterbildungsstrategie entwickeln und das Weiterbildungsgesetz novellieren. Wir wollen die Meistergründungsprämie fortsetzen und weiterhin Übernahmen durch Meister fördern. Wir wollen die Meisterausbildung fördern und Menschen mit geringem Einkommen den Erwerb eines Meisters ermöglichen.

4. Welche Maßnahmen und Instrumente sieht Ihre Partei vor, um den Sanierungsstau in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Behörden, Sportstätten, Schwimmhallen etc.) abzubauen und gleichzeitig die regionale Auftragsvergabe zu stärken?

Der Sanierungsstau ist eines der drängendsten Herausforderungen in unserem Land. Um diesen noch weiter abzubauen, werden wir den begonnenen Weg fortsetzen und beispielsweise das Schulbausanierungsprogramm fortführen. Dazu werden wir die Schulträger auch nach 2023 weiter finanziell unterstützen und mit Schulbauberatern Baumaßnahmen begleiten. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch für Sportanlagen und Schwimmstätten, welche wir mit einer Sanierungs- und Modernisierungsoffensive unterstützen werden.

Um die Auftragsvergabe hierfür zu erleichtern, wird sich die CDU für einen Bürokratieabbau einsetzen und vergabefremde Kriterien weiter reduzieren. Dabei setzen wir uns auch dafür ein, dass neben dem niedrigsten Preis verstärkt Kriterien wie Verfügbarkeit und Qualität beachtet werden.

5. Wie soll nach Auffassung Ihrer Partei der Verkehr der Zukunft aussehen und wie muss entsprechend die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden, um einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebensqualität verbinden zu können? In welcher Höhe stellen Sie dafür Mittel bereit?

Der Verkehr der Zukunft wird eher als Mobilität zu betrachten sein. Wir streben einen technologieoffenen Pfad an, in dem sowohl die Elektromobilität, der Verbrennungsmotor als auch der Betrieb von eFuels aus der P2X-Technologie zum Einsatz kommen soll. Ebenso wollen wir eine angestrebte Gleichberechtigung zwischen dem PKW, ÖPNV als auch Rad – und Fußverkehr. Sharing Dienste und On-Demand – Konnektoren sollen gerade im ländlichen und suburbanen Raum vernetzen und ein robustes und resilientes Mobilitätsangebot sicherstellen. Wir wollen die konsequente Umsetzung des LNVP, sowie weiterhin jährlich 90 Millionen Euro zur Ertüchtigung der Landesstraßen und den Ausbau und die Sanierung des landesweiten Radverkehrsnetzes. Für den Bereich Güterverkehr und Transport befürwortet wir die Ertüchtigung und Ausbau unserer Wasserstraßen wie dem Elbe-Lübeck-Kanal und ebenso den Ausbau des Schienennetzes. Projekte wie den Ausbau der A20, B5 und der Hinterlandanbindung der FFBQ unterstützen wir.

6. Welchen Ansatz werden Sie mit Blick auf den Klimaschutz und die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudesektor verfolgen? Werden Sie die Modernisierungen anreizende Förderkulisse ausbauen, umbauen oder ergänzen und wenn ja, wie? Wie soll die Grundsteuer berechnet werden?

Durch das in dieser Wahlperiode beschlossene neue Energie- und Klimaschutzgesetz des Landes Schleswig-Holstein sind alle Hauseigentümer ab dem 1. Juli 2022 beim Austausch oder nachträglichem Einbau einer Heizungsanlage verpflichtet, mind. 15 Prozent des jährlichen Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien zu decken. Die landeseigenen Liegenschaften wollen wir bis zum Jahr 2040 komplett auf eine CO²-freie Strom- und Wärmeversorgung umstellen. Für private Haushalte setzen wir dabei auf Anreize durch die Förderung von Batteriespeichern und Wärmepumpen.

Wir halten das Bundesmodell der Grundsteuer für aufwändiger und verfassungsrechtlich fragwürdig. Deshalb wollen wir von der Länderöffnungsklausel Gebrauch machen und ein einfacheres sowie gerechteres Modell einführen. Dabei werden wir unkomplizierteren Modelle aus Hamburg, Hessen oder Bayern einbeziehen und das Steueraufkommen der Kommunen aus der Grundsteuer jederzeit gewährleisten.

7. Welche mittelstandsorientierten Maßnahmen planen Sie im Sinne einer effizienten Verwaltung zu ergreifen und welche Maßnahmen halten Sie dabei für so akut, dass Sie sie für eine spürbare Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen sofort umsetzen wollen?

Unser Ziel ist eine moderne und konstruktive öffentliche Verwaltung, die sich als Dienstleister der Bürger und Unternehmen sieht und einen kooperativen Austausch mit Antragstellern sucht. Jeder Ablehnung bzw. jeden negativen Bescheid soll neben einer Begründung auch eine mögliche Lösungsalternative begleiten, um Umsetzung -und Lösungsorientiert arbeiten zu können. Für die Verwaltungsleistungen bzw. Service-Leistungen der öffentlichen Stellen soll der Grundsatz „Digital First“ gelten. Jede Verwaltungsleistung soll unkompliziert und schnell digital erledigt werden können.

8. Wie will ihre Partei das Handwerk als Anker der regionalen Wirtschaftsstruktur insbesondere im ländlichen Raum stärken? Welche Ziele verfolgt ihre Partei in der Wohnungsbaupolitik und wie wollen Sie sicherstellen, dass Wohnraum bezahlbar bleibt?

Wir unterstützen die Förderung von Unternehmensansiedlungen und Gründungen sowie den perspektivisch wachsenden Ausbau von Co-Working-Spaces und der dazu nötigen Infrastruktur. Für Unternehmensübernahmen und Nachfolgen stellen wir weiterhin Ressourcen zur Verfügung und flankieren diese mit der Förderung für die Meisterausbildung. Der große Erfolg der Ansiedlung des schwedischen Unternehmens Northvolt zum Bau einer Batteriezellenfabrik mit mehr als 3.000 neuen Arbeitsplätzen beweist, dass wir unsere Vorreiterrolle bei der Energiewende in Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein umsetzen können.

Im Wohnungsbau setzen wir weiterhin darauf, möglichst viele neue Wohnungen zu bauen. Dazu werden wir die soziale Wohnraumförderung auf hohem Niveau fortsetzen, die Kommunen mit einem „Baulandfonds“ über 100 Mio. Euro Kreditvolumen bei Grundstückankäufen unterstützen und wir wollen Käufer beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbsteuer befreien.